Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 135. Donnerstag, 13. Juni 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Bestellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer der Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Beauftragter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzählter an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 53. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Reichstag und Etat der Reichspost

Der Etat des Reichs-Innenministeriums vom Reichstag angenommen

vdz. Berlin, 12. Juni 1929, 10 Uhr.

Der Reichstag führte heute die zweite Lesung des Etats des Innenministeriums zu Ende. Die Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister Severing wurden gegen die Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Ein demokratischer Antrag auf Aufhebung der innerdeutschen Ländergesellschaften wurde angenommen, desgleichen Zentrumsanträge auf Vorlegung eines Reichsbühnengesetzes, Reichsberufsschulgesetzes, Lichtspielgesetzes und eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten. Ohne Aussprache wird das Abkommen über die Gründung eines Welthilfsverbandes in allen drei Lesungen angenommen.

Außerdem wurde der Postetat in zweiter Lesung bis auf die Abstimmungen erledigt.

*

Die zweite Beratung des

Haushalts des Reichs-Innenministeriums

wird fortgesetzt.

Der Reichstag hat heute von 10 Uhr vormittags bis gegen 7 Uhr abends getagt. Er hat also den Achtstundentag überschritten. Das ist der Anfang des intensiveren Arbeitstempos, mit dem bis zum Ende dieses Monats der Arbeitsstoff aufgearbeitet werden soll. Morgen beginnt die Sitzung um 11 Uhr früh, und so wird es wohl auch bis zu den großen Sommerferien bleiben.

Der **Haushalt des Reichsinnenministeriums** konnte heute endlich **in zweiter Lesung verabschiedet** werden. Nach den vielen scharf zugespitzten politischen Auseinandersetzungen, die die Aussprache schon gebracht hat, gab es noch am Schluß ein **Rede-Duell zwischen dem Sozialdemokraten Landsberg und dem Deutschnationalen Berndt.** Landsberg wirft Berndt vor und will es in seiner Parteipresse ausführlich beweisen, daß Berndt seinerzeit die Stimmen der sozialdemokratischen Berliner Stadtverordnetenfraktion für seine Wahl als Stadtrat von den sozialdemokratischen Führern Singer und Stadthagen erbeten und erhalten habe.

Die von den Deutschnationalen, den Kommunisten und den Nationalsozialisten gegen Reichsinnenminister Severing eingebrachten Mißtrauensanträge wurden gegen die Antragsteller abgelehnt und der Haushalt nach den Vorschlägen des Ausschusses genehmigt. Dazu wurde noch **eine ganze Reihe von Anträgen und Entschließungen angenommen,** die einen langen **Wunschzettel an die Regierung auf Vorlage von neuen Gesetzen** darstellen. Bisher ist nämlich bei den verschiedenen Fraktionen eine praktische Nutzanwendung aus den von den Fraktionsführern gehaltenen Reden gegen die gesetzgeberische Ueberproduktion noch nicht zu spüren. Nach diesem Wunschzettel sollen unter anderem vorgelegt werden eine **Reichsstädteordnung** und **Reichslandgemeindeordnung,** ein **Reichsberufsschulgesetz,** ein **Reichsbühnengesetz.** Eine ganze Reihe anderer von den Parteien eingebrachter Gesetzentwürfe wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen, der von den Deutschnationalen eingebrachte **Reichsschulgesetzentwurf** dem Bildungsausschuß. Der demokratische Antrag auf Vorlegung eines **Entwurfs zur Wahlreform** wurde mit überraschend großer Mehrheit abgelehnt, auch die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Angenommen wurde dagegen ein **demokratischer Antrag auf Beseitigung der innerdeutschen Ländergesandtschaften. Kommunistische Anträge,** die die Aufhebung des bayerischen Konkordats und ein Verbot des preußischen Konkordats fordern, wurden bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Demokraten **abgelehnt.**

*

Ruhiger und kürzer als beim Haushalt des Innern war die dann folgende

zweite Beratung des Postetats.

Hier wurde von allen Parteien **vor einer weiteren Erhöhung der Gebühren gewarnt** und eine **Ermäßigung der Rundfunkgebühren** gefordert.

Reichspostminister Dr. Schätzel

gibt zunächst einen **Ueberblick über die Entwicklung der Reichspost** im verflossenen Jahre. Verkehr und Einnahmen der Post hätten in dieser Zeit eine **ansteigende Linie** gezeigt. Der Ausbau der Verkehrseinrichtungen wurde mit allen Kräften gefördert. Die im Kleingüterverkehr zwischen Post und Eisenbahn bestehende Konkurrenz soll beseitigt werden. Die Versuche der Verkraftung des Landbestelldienstes sind erfolgreich verlaufen. Kraftpost- und Luftpostverkehr haben sich gesteigert. Nach London und Stockholm haben wir Luftpost-Linien eingerichtet. Im Fernsprechwesen werden Mitte ds. J. 50 Prozent aller Hauptanschlüsse automatisiert sein. Wir rechnen mit der vollständigen Durchführung des Selbstanschlußsystems bis 1938. Die von uns gewährten Erleichterungen haben zu einer großen Zunahme der Fernsprechanschlüsse geführt. Der Rundfunk hat sich lebhaft entwickelt und ist durch den Bildfunk erganzt worden. Man kann heute sagen, daß fast jeder sechste Deutsche dem Rundfunk angeschlossen ist. Im internationalen Post- und Telegraphenwesen hat Deutschland seine Vorkriegsstellung wieder erhalten. Im Telegraphenverkehr arbeiten wir an der technischen Verbesserung und Vereinheitlichung. **Die Forderung der Sparsamkeit ist für unsere Verwaltung immer leitender Gesichtspunkt gewesen.** Die Nationalisierung unseres Betriebes hat dazu geführt, daß wir 7809 beamtete Arbeitskräfte weniger haben, während die Zahl der nicht beamteten Kräfte um 8405 gestiegen ist. Wir wollen auf diesem Wege fortfahren. **Die Unmöglichkeit, in diesem Jahre eine Anleihe unterzubringen, nötigt uns leider zur weiteren Abdrosselung unseres Anschaffungs-Programms.**

Abg. **Steinkopf** (Soz.) warnt vor grundstürzenden Aenderungen des Postfinanz-Gesetzes im gegenwärtigen Augenblick. In der Reichspost müsse republikanische Erziehungsarbeit geleistet werden. Die Amtsräume dürften nicht als Büroräume für Stahlhelm und Jungdo benutzt werden. Die Senkung der Rundfunkgebühren würde zu begrüßen sein.

Abg. **Dr. Strathmann** (Dn.) hält den Einfluß des Parlaments auf die Postverwaltung für zu gering. Der Redner begründet eine Entschließung, die den Minister ersucht, die sich über den Voranschlag hinaus ergebenden Ueberschüsse in erster Linie zur Zahlung der rückständigen Zinsen aus den Abfindungssummen an Bayern und Württemberg zu verwenden.

Abg. **Dr. Köhler** (Ztr.) wünscht andere Verhandlungsmethoden für den Verwaltungsrat. Diese Verhandlungen dürften nicht auf offenem Markt stattfinden. Aus dem Nebeneinander von Post und Eisenbahn müsse ein organisches Miteinander beider Verkehrsinstitute werden. Der hohe Ansatz der Abgabe an das Reich ist für uns nur annehmbar, weil der Minister versichert hat, daß die Folge davon nicht etwa eine Gebührenerhöhung sein soll. Die Denkschrift des Sparkommissars hat große Beunruhigung nicht bloß beim Personal, sondern auch in der Oeffentlichkeit erregt.

Abg. **Torgler** (Komm.) begründet einen Antrag auf Aufhebung des Postfinanzgesetzes. Die Mehrabgabe von 35 Millionen an das Reich sei ein Geschenk an die Besitzenden, denen dadurch die geplanten Besitzsteuern erspart würden. Andererseits sei es eine indirekte Belastung der Massen, weil deswegen die notwendige Senkung der Rundfunkgebühren unterbleiben soll. Die Fernsprechgebühren müßten für wenig bemittelte Wenigsprecher ermäßigt werden.

Abg. **v. Raumer** (DVp.) hält die Aufrechterhaltung des Postfinanzgesetzes für notwendig, um der Postverwaltung eine ungestörte Finanzwirtschaft zu ermöglichen. Der Prozentsatz der Ablieferung an das Reich müßte dauernd festgelegt werden. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats sollte geändert werden. Eine wirtschaftliche Betätigung der Post auf Gebieten, die nicht unmittelbar zu ihrem Aufgabenkreis gehören, wäre bedenklich, beispielsweise die Herausgabe von Branchen-Telephonbüchern. Die Beamtenstellen müssen rein nach sachlichen Gesichtspunkten besetzt werden, nicht nach parteipolitischen Rücksichten.

Abg. **Mollath** (W.-P.) meint, die Erhöhung der Ablieferung an das Reich um 35 Millionen sei auf politischen Druck der Regierungsparteien erfolgt. Mit dieser Mehrablieferung sei es dann begründet worden, daß die Fernsprechgrundgebühren nicht gesenkt werden konnten. Die Mehrablieferung ist eine indirekte Steuer auf Kosten der Wirtschaft. Die Wirtschaft kann unter keinen Umständen eine weitere Gebührenerhöhung tragen. Die Postkraftwagen dürfen dem privaten Fuhrgewerbe keine Konkurrenz machen.

Abg. **Dr. Reinhold** (Dem.) hebt als Vorzug des Postfinanzgesetzes hervor, daß es der Post eine von den politischen Wandlungen unabhängige stetige Wirtschaft ermöglicht. Bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrats muß den Bedürfnissen der Wirtschaft besser Rechnung getragen werden. Die Postgebühren sind zweifellos zu hoch. An der Errichtung von Verwaltungsgebäuden sollte man sparen und dafür mehr Wohngebäude für die Beamten errichten. Die Rundfunkgebühren sollten gesenkt werden. Die Reklame muß aus dem Rundfunk verschwinden. Eine Gebührenermäßigung ist zu fordern beim Porto, bei den Kabelgebühren und beim Fernsprecher zugunsten der Wenigsprecher.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.) ist der Meinung, daß das Reichs-Postfinanzgesetz sich durchaus bewährt habe. Der Postkraftwagenverkehr sollte weiter ausgebaut werden. Der Antrag Strathmann (Dn.) auf Zinszahlung an Bayern ist praktisch gar nicht durchführbar, weil jetzt noch nicht die Summe feststeht, die verzinst werden soll. Dem Grundgedanken dieser Entschließung stimmen wir zu. Der Finanzminister hat ihm ja auch zugestimmt, also wäre eine Abstimmung gar nicht mehr nötig.

Reichspostminister Dr. Schätzel:

Die übereinstimmende Meinung des Reichstags geht wohl dahin, daß die Post ein selbständiges, sich selbst finanziell tragendes Unternehmen sein soll und daß in dem Verhältnis des Verwaltungsrats zum Reichstag es nicht so sein soll, daß die eine Stelle entscheidet und die andere die Verantwortung trägt. Der Reichstag bestimmt die Ablieferung ans Reich, hält also die Hand am finanziellen Pulsschlag der Reichspost. Der Reichstag entscheidet über das Personalwesen der Post und kann auch sonst durch Beschlüsse die Postverwaltung binden. Die Post kann also nicht als ein Fremdkörper im Reichstag betrachtet werden.

In der Frage der **Rundfunkgebühren** schließe ich mich dem Sparkommissar an, der verlangt, daß wir **an eine Senkung nicht eher herantreten, als wir das im Interesse der Gesamtkosten für den Rundfunk tun können.** Die Verhandlungen über die Verteilung der Gebühren mit der Funkgesellschaft stehen kurz vor dem Abschluß. Ueber die Freigabe der Kurzwellensender sind die Verhandlungen mit dem Reichsinnenministerium noch nicht zum Abschluß gelangt. In der Frage der Abfindungssummen an Bayern und Württemberg ist der Reichsfinanzminister federführend. Grundsätzlich besteht schon Uebereinstimmung, aber wir sind noch bei der Ermittlung der Zahlen. **Bei der Vergebung von Aufträgen werden wir immer das Handwerk gebührend berücksichtigen.**

Abg. **Treber** (Nat.-Soz.) wendet sich gegen den Beamtenabbau und gegen die Denkschrift des Sparkommissars.

Abg. **Neddenriep** (Christl. Nat. Bauernp.) wünscht **Verbesserung der Postzustellung auf dem Lande.**

Abg. **Lucke** (Wirtsch.-P.) fordert eine Richtigstellung der falschen Schlüsse, die in der Oeffentlichkeit vielfach aus der Denkschrift des Sparkommissars gezogen worden seien.

Damit ist die Aussprache beendet.

Die **Abstimmungen** werden gegen 7 Uhr auf **Donnerstag,** 11 Uhr, **vertagt.**

Auf der Tagesordnung steht außerdem der **Reichsjustizetat.**

Hilferdings Enttäuschung.

Alle Konzessionen, die der Reichsfinanzminister an den bösen Prioritgeist des Kapitals gemacht hat, haben schließlich doch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Das Anleiheergebnis bleibt weit hinter den Erwartungen und erst recht hinter dem Kassenbedarf des Reiches zurück. Der Reichsfinanzminister wird mit der ersten Einzahlungsrate noch nicht einmal den Vorschuß der Banken von 120 Millionen Mark zurückzahlen können. Das ist bitter. Die politischen Gegner des Ministers mögen Schadenfreude darob empfinden. Die Kosten trägt leider das deutsche Volk als Ganzes. Deutschland hat mit seinen Anleiheversuchen nach Kriegsende kein Glück mehr. Das erklärt sich natürlich zunächst aus der schwieriger gewordenen Wirtschaftslage. Es ist noch nicht wieder soviel Geld da wie vor dem Kriege. Die Einnahmen sind kleiner, die Preise höher als vor dem Kriege, das Geld muß deshalb schneller wieder ausgegeben und kann weniger leicht langfristig angelegt werden. So hat namentlich das mittlere und kleinere Kapital auch bei der Hilferding-Anleihe nicht das leisten können, was man von ihm hoffte und das es vielleicht selbst ganz gern geleistet hätte. Daß sich das große Kapital von Reichsanleihen zurückhält, ist keine neue Erscheinung. Das war schon bei den Kriegsanleihen so. Es hat günstigere Chancen für die Anlage seiner Gelder, selbst wenn das Reich dem Zinsbetrag noch die weitestgehenden Steuererleichterungen hinzufügt. Wie weit als psychologischer Faktor auch die politische Mißstimmung gegen die derzeitige Regierung mitspricht, ist natürlich schwer festzustellen. Jedenfalls war von irgendeinem moralischen Schwung, wie er etwas die Zeichnung von Kriegsanleihen förderte, nicht das geringste zu spüren. Man muß auch bei dieser Hilferding-Anleihe ebenso wie bei früheren Versuchen bei der Sparprämien-Anleihe die furchtbare Erschütterung mit in Betracht ziehen, die durch die Entwertung der Kriegsanleihe das deutsche Volk gepackt hat. Auch das ist ein wesentlicher psychologischer Faktor, der wieder einmal beweist, daß Finanzpolitik immer noch etwas mehr ist als kluge Rechenkunst. Mit materiellen Versprechungen allein schafft man's nicht. Die sicherlich nicht glückliche Behandlung der Aufwertungsfragen wirkt auch bei der jetzigen Anleihe noch nach und wird in Deutschland noch lange nachwirken. Bei der Zeichnung der Kriegsanleihe hatte sich das deutsche Volk erstaunlich angestrengt, und sicherlich war es damals nicht nur die in Aussicht gestellten 5 Prozent Zinsen in Verbindung mit der angeblichen Mündelsicherheit, die den Kaufmann, den Beamten, den Angestellten dazu trieben, ihre Ersparnisse in größtmöglichem Umfange der finanziellen Kriegführung zur Verfügung zu stellen. Die nicht eingelösten Versprechungen bedeuten jetzt leider für jede Reichsregierung einen kapitalen Verlust an Vertrauen, der durchaus dem Umfang des materiellen Verlustes entspricht, den die breitesten Schichten des Volkes durch die Entwertung der Kriegsanleihe erlitten haben. Die fortwährenden Regierungskrisen, die parteipolitische Zerrissenheit unseres Volkes, die Unfruchtbarkeit des übergroßen parlamentarischen Apparates: das alles zusammen schafft auch soviel Müdigkeit und Freudlosigkeit, daß noch für lange Zeit hinaus dem deutschen Volke keine allzugroßen finanziellen Anstrengungen zugetraut werden können. Es ist bitter, das feststellen zu müssen, aber jeder deutsche Reichsfinanzminister wird gut daran tun, mit dieser harten Tatsache von vornherein zu rechnen. Hilferdings Enttäuschung ist also zugleich eine Lehre für die Zukunft.

SLUB
Wir führen Wissen.